



Leider fiel in diesem Jahr das Kamelfest in der Südgobi wegen der dort grassierenden Maul- und Klauenseuche aus. Das Adlerfest bei Ulaanbaatar war eine kleine Entschädigung. Adlerfest und Kamelfest finden ansonsten in derselben Märzwoche statt.

## Der Uranabbau geht weiter

Nach der Aufspaltung des französischen Atomkonzerns AREVA in den verlustreichen Kraftwerksbau (der an die französische Stromfirma EDF abgegeben und somit dem französischen Stromkunden aufgeladen wurde) und das eher lukrative Geschäft mit der Urangewinnung unter dem neuen Namen Framatome geht der Uranabbau im Bezirk Ulanbadrakh unvermindert weiter.

Mittlerweile wurde die Aktivistin Panselmaa zu 3 Millionen Tugrik Strafe (entspricht etwa 1000 EUR und das ist in etwa ein Jahresgehalt) verurteilt, weil sie Steine in die Bohrlöcher für das In-Situ-Leaching geworfen haben soll, um so den Abbau zu stören.

Die derzeit grassierende Maul- und Klauenseuche ist eine zusätzliche existenzbedrohende Gefahr für die dortige Viehhalter (siehe weiter unten in diesem Rundbrief).

Doch Ulanbadrakh ist nicht der einzige Ort, wo nach Uran gesucht wird. So berichteten Viehhalter aus dem Bezirk Ölziit in der Südgobi, von einer Versammlung im Dezember 2017. Dort habe eine ausländische Firma gemeinsam mit der Regierung und dem Gouverneur Pläne vorgestellt, auch dort Uran abzubauen. Dabei wurde den Viehhaltern das Blaue vom Himmel versprochen: Arbeitsplätze, Wohlstand und ein sorgenfreies Leben, Ausbildung für die Kinder, Autos, schöne Häuser usw.

Die Mehrheit der Viehhalter sprach sich energisch gegen diese Pläne aus. Sie erinnern sich noch sehr gut an das Viehsterben um die Jahrtausendwende, als etwas nördlich davon, an den „Felsen des Großen Landes“ in der Mittelgobi Bergbaufirmen nach Bodenschätzen gesucht hatten.



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

Damals gab es in der Mongolei noch kein Atomgesetz, doch es besteht der Verdacht, dass die damaligen Verluste auf radioaktive Verseuchung zurückzuführen sind. Eine kritische Journalistin verfolgt seit Jahren diesen Fall und hat Klage eingereicht. Das Verfahren läuft nun seit 14 Jahren ohne Urteil. So sind ihr die Hände gebunden bei der Veröffentlichung der Gutachten, da diese noch als Beweismittel unter Verschluss sind und erst nach Urteilsverkündung öffentlich gemacht werden dürfen.

Dieses Verfahren - Verzögerung der Verfahren vor Gericht - wird in der Mongolei gern angewandt: So ist auch im Fall der Khongor-Katastrophe von 2006, als die Gemeinde Khongor von giftigen Abwässern der Goldgewinnung verseucht wurde, bis heute kein Urteil gesprochen worden. Die Beweismittel sind auch dort unter Verschluss.

## Viehsterben in der Mongolei

Anfang März wurde gemeldet, dass im letzten Winter etwa eine Million Weidetiere den schlechten Futterverhältnissen zum Opfer gefallen sind. Dieses Phänomen, das Dsuud genannt wird (Mangel an Futter) tritt periodisch etwa alle sieben Jahre auf.

So existenzbedrohend für die einzelnen Viehhalterfamilie dieser Winterkatastrophe auch ist: In aller Regel regenerieren sich die Viehbestände insbesondere bei Schafen und Ziegen sehr schnell. So hat die letzte große Katastrophe im Winter 2009 auf 2010 etwa 25% der Tiere dahingerafft (bei damals etwa 40 Millionen Weidetieren). Heute sind es vermutlich etwa 60 Millionen Weidetiere.

## Dsuud-Vorsorge

Als Strategie gegen den Dsuud gibt es im Wesentlichen zwei Verhaltensweisen: Da ist erst einmal der schnelle Umzug in Gebiete, in den der Dsuud nicht so wütet. Der Dsuud war dann in der Vergangenheit immer der anerkannte Grund, das eigene Weidegebiet der Landgemeinde (Somon) oder gar der Provinz (Aimak) verlassen zu dürfen. Dieses wurde in diesem Winter von vielen Viehhaltern des Öwörkhangai-Aimaks praktiziert, die in die Mittelgobi ausgewichen sind.

Die zweite Strategie besteht in der Anlage von Wintervorräten, um zumindest einige Zeit der schlechten Witterung trotzen zu können. In der sozialistischen Volksrepublik war die Anlage und Verteilung der Wintervorräte Aufgabe der Armee. Dazu wurden bestimmte Weiden für die Nutzung als Viehweide gesperrt, abgemäht und das Heu an verschiedenen Verteilerstellen eingelagert, von wo aus sie dann bei lokalen Dsuud-Situationen verteilt wurden.

Seit der Wende zum Kapitalismus ist diese zentrale Vorsorge weggebrochen und wird durch private Unternehmen ersetzt. Im Gegensatz zur kollektiven Vorsorge im Sozialismus ist nun die Beschaffung von Heu im Winter eine Frage des Geldes.

In der Mittelgobi gehen einige Landkreise, Viehzüchter und neue Genossenschaften einen anderen Weg. Sie sperren erneut mit Zustimmung durch die Verwaltung, größere Gebiete gegen die unkontrollierte Weidenutzung und versuchen, dort Futterpflanzen anzubauen. Teilweise werden tiefe Brunnen gebohrt und tiefwurzelnde Bäume (Ulmen) etc. angepflanzt, um das wenige Wasser in Zukunft zu binden und die Fruchtbarkeit dieser Landstücke zu erhöhen. Im Frühjahr, wenn die Muttertiere Junge bekommen, werden die-





# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

se dann für einige Tage oder Wochen auf dieses Land gelassen, um deutlich mehr Futter aufzunehmen und somit die prekäre Zeit des Ablammens besser zu überstehen. Darüber hinaus werden die Herden in Notsituationen kontrolliert auf diese Flächen getrieben.

## Eher durchschnittliche Viehverluste

Die Viehverluste in diesem Winter sind gemessen an den großen Katastrophen 2001/2002 oder 2009/2010 eher moderat, wenn nicht eine neue Kältewelle mit großen Schneefällen die Situation dramatisch verschärft. Da die Dsuud-Vorsorge heute im Wesentlichen eine Frage des vorhandenen Kapitals ist, führt jede dieser Situationen zu einer weiteren Konzentration des Viehbesitzes und damit zu einer vermehrten Landflucht in die Slums der wenigen Städte, insbesondere der Hauptstadt.

## Großflächige Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche

Dramatisch verschärft wird die Situation der Viehhalter derzeit aber durch die seit über einem Jahr in großen Teilen der Mongolei grassierende Maul- und Klauenseuche (MKS). Diese Viehseuche ist eine ständige Bedrohung des mongolischen Viehbestands. Regelmäßig wurden immer wieder die Landkreise und Provinzen hermetisch abgeriegelt, in denen MKS festgestellt wurde. So konnten wir im Sommer 2017 eine bestimmte Gegend der südöstlichen Mittelgobi an der Grenze zur Südgobi nicht bereisen, weil dort die MKS grassierte. Mehrfach wurden wir auf dem Weg in die Südgobi von Desinfektionstrupps untersucht und unsere Fahrzeuge desinfiziert. In diesem Frühjahr wurde die gesamte Südgobi dann zum Sperrgebiet erklärt und das berühmte Kamelfest in Bulgan/Südgobi abgesagt.

Auch in der Mittelgobi, der Ostgobi und im Sukhbaatar-Aimak grassiert die Seuche. Dies hat derzeit zur Folge, dass die Viehhalter, die im Winter von Öwörkhangai in die Mittelgobi gezogen sind, derzeit nicht mehr zurück in ihre angestammten Weidegebiete ziehen dürfen. In der Ostgobi, wo u.a. im Landkreis Ulanbadrakh die Viehhalter seit Jahren gegen den Uranabbau durch AREVA kämpfen, überlagert derzeit die MKS und die damit verbundenen existenzbedrohenden Verluste den Kampf gegen den Uranabbau.

## Was tun gegen die Maul- und Klauenseuche?

Eine Behandlung der Maul- und Klauenseuche gibt es bis heute nicht. Bis 1991 wurde in Europa gegen die Maul- und Klauenseuche geimpft. Seitdem herrscht ein Impfverbot, weil geimpfte Tiere nicht von infizierten Tieren unterschieden werden können und deshalb das Impfen den Handel mit Nutztieren unmöglich gemacht hätte. In Europa werden betroffene Bestände in aller Regel gekeult, d.h. flächendeckend getötet und verbrannt und das Gebiet großräumig abgesperrt. Die Ställe infizierter Bestände werden aufwändig desinfiziert, genauso die Weiden.

Bei offener Weidehaltung wie in der Mongolei ist die Eindämmung der Seuche um einiges schwieriger. Unserer Kenntnis nach wurde lediglich um das Jahr 2001 gegen MKS geimpft und da auch nur ein geringer Teil des Viehbestands. Traditionell wurden die betroffenen Gebiete abgesperrt, jeglicher menschlicher Verkehr über die Gebietsgrenzen möglichst unterbunden oder durch strenge Desinfektionsmaßnahmen abgesichert. Man wartete einfach ab, bis die Seuche sich gelegt hatte. Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft ist eine flächendeckende Isolierung eines so großen Gebietes sehr viel schwieriger. Private Tiertransporte sind in der Fläche kaum zu unterbinden und jedes Tier kann



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

den Erreger in sich tragen – seien es die Rennpferde, die selbst nicht erkranken, aber den Erreger verschleppen können, seien es die Tiere, die Verwandten in der Stadt mitgebracht werden oder auch infizierte Wildtiere, die weit übers Land ziehen und so bisher freie Bestände anstecken.

Mehr noch als der Dsuud stellt die derzeitig grassierende MKS eine Bedrohung für die traditionelle mobile Weidewirtschaft in der Mongolei dar.

## Korruption und Grundeigentum

„Eigentlich“ gibt es in der Mongolei bis heute kein privates Eigentum an Grund und Boden. Allerdings gibt es seit mehreren Jahren eine Art zeitlich begrenztes exklusives Nutzungsrecht (eine Art Erbpacht), das Besitzern von Grundstücken eine Sicherheit für ihre dort errichteten Immobilien gibt. Besuchern der Mongolei fällt seit Jahren auf, dass in verschiedenen Vierteln von Ulaanbaatar immer mehr Holzhäuser die bisherigen Jurten ersetzen. Auch in anderen Städten wie z.B. Erdenet sieht man neu errichtete immer größer werdende Eigenheimsiedlungen.

Faktisch ist diese Erbpacht gleichzusetzen mit Privateigentum an Grund und Boden. Dabei ist das Eigentum an Grund und Boden keine Naturgegebenheit. Genau genommen ist es das historisch sehr spät entstandene alleinige und vererbare Nutzungsrecht an einer bestimmten Bodenfläche. Grund und Boden unterscheidet sich von allen den meisten anderen heute handelbaren Gütern dadurch, dass es selbst keine durch Menschen geschaffene Ware darstellt. Dieser besondere Charakter von Grund und Boden spiegelt sich beispielsweise in dem deutschen Wort des „Lehen“: Der Gewaltherrscher (König oder Kaiser) verlieh das Nutzungsrecht an seine getreuen Gefolgsleute. Auch heute bezieht sich dieses Nutzungsrecht nur auf die obere Bodenschicht, nicht auf die darunter liegenden Bodenschätze („Bergfreiheit“ - heute aktuell in der Frackingdiskussion) oder Grundwasservorkommen. Auch das Überflugsrecht, d.h. die Nutzung des Raumes oberhalb des Grundes oder die mögliche Enteignung dieses Bodens im Interesse der Allgemeinheit oder Einzelner muss der Eigentümer des Grundes genauso dulden, wie die mögliche Nutzung des „Eigentums“, die durch Bebauungspläne und Flächennutzungspläne geregelt werden kann. Der Wert eines Grundstückes bemisst sich neben seiner natürlichen Eigenschaften (Fruchtbarkeit, „Bodenpunkte“) zum großen Teil durch die Arbeit, die die Gemeinschaft zur Erschließung, Anbindung an Verkehrswege usw. leistet.

Eigentum an Grund und Boden ist historisch immer Ausdruck eines Gewaltverhältnisses. Vorher als Gemeingut genutztes Land wird enteignet und unter die Verfügung des Herrschers gestellt. Heute lässt sich weltweit dieser Prozess als Landraub in den Ländern des globalen Südens oder des ehemaligen sozialistischen Blocks feststellen: Die Allmendelandschaft oder das den feudalen oder kapitalistischen Grundherren abgenommene und vergesellschaftete Nutzungsrecht (Volkseigentum) verwandelt sich in Eigentum des Staates, der alleine über die Nutzungsrechte entscheiden kann. Dieses Staatseigentum kann im Zerfallsprozess sozialistischer Staatsordnungen dann von einzelnen Oligarchen usurpiert werden, die sich als neue Herrschaftsschicht etablieren konnten.

Der Verfasser dieser Zeilen hat selbst 1992 in Moskau miterlebt, wie dieser Prozess dem Handel mit Grund und Boden und der Korruption Tür und Tor öffnet. So wurde damals ein Beamter der Stadtverwaltung dafür ausgezeichnet, dass er die Nutzungsrechte an einem städtischen Grundstück zum zehnfachen des (fiktiven) Buchwertes an einen Inves-



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

tor abgegeben hatte. Die Differenz zum tatsächlichen Marktpreis wurde damals auf ein Schweizer Nummernkonto eingezahlt. Dem Autor selbst wurde eine Datscha im Moskauer Umland angeboten zum Preis von damals 30.000 \$. Dieser Preis gründete sich auf die wohl reale Vermutung, dass Nutzungsrechte an Datschengrundstücken bei einer Bodenrechtsreform in Privateigentum übergehen würde. Der Preis von 30.000 \$ war eine Wette auf die Zukunft – ein klassisches Derivatgeschäft.

Es gehört zu den heutigen Entwicklungen des Kapitalismus, dass dieser besondere Charakter des Eigentums an Grund und Boden, dessen Ertrag als Rente bezeichnet wird, als Blaupause für andere Bereiche der Aneignung weiterer Rechte darstellt, die ohne eigene Arbeit Quelle für Reichtum werden. Man denke hier an die Patente auf Pflanzen, Algorithmen, Erbgutsequenzen und ähnliches.

Doch zurück zur Mongolei. Unter dem Titel

## Reclaiming what ist ours

veröffentlichte die Online-Zeitung „defacto“ (Webseiten: [www.jargaldefacto.com](http://www.jargaldefacto.com)) nun einen sehr detailreichen Artikel zur Aneignung von Volkseigentum durch korrupte Oligarchen). Die Zeitschrift wird herausgegeben von dem unabhängigen Journalisten Jargalsaikhan Dambardjaa. Sie kann auf Englisch im Abonnement über das Internet bezogen werden.

## Holen wir zurück, was uns gehört

*Grund und Boden in unserer Hauptstadt ist öffentliches Eigentum, aber die Behörden der Stadt und der Bezirke wie auch das Ministerium für Umwelt und Tourismus haben jahrelang in Absprache untereinander im Geheimen mit dem Land, das dem Volk gehört, ihre Geschäfte gemacht. Wie lange werden wir uns damit abgeben, dass unser Land von anderen für ihre eigenen persönlichen Interessen und ihren Profit benutzt wird? Wir haben schon 20 bis 30 Jahre verloren – können wir noch länger warten ohne das Problem zu lösen?*

## Unsere Forderung an das Ministerium für Umwelt und Tourismus

*Als der Handel mit Grund und Boden sich ausbreitete und das Gesetz über den speziellen Schutz auslief, kam U. Bardbolt, damals Minister für Umwelt und Tourismus und Mitglied der Mongolischen Volkspartei (MPP) zu plötzlichem Reichtum, indem er 4000 Hektar Land im Tuul- und Terelj-Tal verkaufte. Ein Gerichtsverfahren wurde eröffnet mit dem Anklagepunkt, dass das Land um den heiligen Berg Bogd (speziell seine Pässe und Übergänge) verkauft worden seien. Aber das war nur eine weitere Schmierenskomödie, die zu nichts führte. Während all der Jahre haben alle Figuren, die als Minister für Umwelt und Tourismus fungiert haben, die wahren Eigentumsverhältnisse über Grund und Boden in Ulaanbaatar verheimlicht, indem sie den Schutz durch den Staat vorschoben. Auf diese Weise haben sie insgeheim auch den Yarmag-Hügel verscherbelt. Bis heute fürchtet das Ministerium die Offenlegung der wahren Eigentümer.*

*Derzeit findet ein illegale Handel („small-time trade“) auf dem Bogd-Berg statt. Man kann Zäune und Wachtposten auf gestohlenem Land auf allen Bergübergängen antreffen. Jeder einzelne von ihnen bietet Stoff für eine ganz eigene Korruptionsgeschichte.*





# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

Die Bewohner von Ulaanbaatar fordern von der Regierung, das Land an der Tuul und auf dem Yarmag-Hügel zurückzugeben. Die Regierung muss mit diesem Diebstahl aufhören – sie sind gewählt um zu schützen, nicht um auszuplündern.

## Unsere Forderung an die Verwaltung von Ulaanbaatar

Unsere Bürgermeister, Bezirksgouverneure und andere Behörden wurden reich durch die Veruntreuung von Grund und Boden. Ein Beispiel hierfür ist die „Umnutzung“ von Flächen, die im Bebauungsplan als Sportstätten für Schulen ausgewiesen sind. Wir sehen zwei riesige neue Wohnblöcke innerhalb des Geländes der Russischen Schule Nummer 3.

2003/2004 verkauft M. Enkhbold, damals Bürgermeister von Ulaanbaatar eine Fläche von insgesamt 970 Hektar Land, die sich vom heutigen Dunjingarav Bezirk nach Maglan erstreckt, an eine einzige Firma: Mon-Uran Company. Das war der Gipfel der illegalen Handelsgeschäfte. Des weiteren unterhielten M. Enkhbold, Ts. Batbayar und G. Munkhbayar, alle ehemalige Bürgermeister und Mitglieder der MPPP, privilegierte Beziehung zur „Trade and Development Bank“ (TDB) und der „Ulaanbaatar Bank“, denen sie alles Kapital und die kompletten Versicherungssummen übereigneten, die das Volk angespart hatte. Diese Banken bekamen damit hochpreisiges Land in Öffentlichem Eigentum, inklusive Flächen von Schulen und Kindergärten.

Beispielsweise „verschenkte“ G. Munkhbayar unmittelbar nach der Wahlniederlage der MPP 2012 am Tag vor Naadam und der Bildung der neuen Stadtverwaltung eine große Menge wertvollen Grund und Bodens an die Ulaanbaatar Bank. Diese Land, das er als seine letzte Amtshandlung übereignete, umfasste den Süden des Sukhbaatarplatzes zusammen mit den Parkanlagen vor dem Ulaanbaatar Hotel und dem Geheimdienstgebäude, sowie den Yu. Tsendenbalplatz und seine Anlagen wie auch den Platz der Studenten inklusive der dortigen Parkanlagen.

So wurden die Einwohner von Ulaanbaatar bestohlen um Plätze, Parks und sogar das Zentrale Verwaltungsgebäude. Su. Batbold, der derzeitige Bürgermeister von Ulaanbaatar, erklärte, dass die Stadtverwaltung in das neue Viertel Yarmag umziehen werde, da sie ihr eigenes Gebäude nicht mehr besäßen. Er muss wissen, dass es Yarmag keinen Platz mehr gibt. Der Grund, weshalb sie umziehen wollen, ist der, dass der vorherige Bürgermeister E. Bat-Uul das historische Gebäude der Stadtverwaltung an die „Golomt Bank“ zum Zweck einer Ausschreibung für Umbau und Nutzung überlassen. Nur deshalb hat er über einen Umzug nach Bayankhishuu gesprochen. Obwohl nun diese Ausschreibung nach dem Regierungswechsel zurückgezogen wurde, kam die Sache dennoch ans Licht und das Gericht überprüft den Fall. Dennoch will die Stadtverwaltung ihren Sitz wechseln.

TDB und Golomt Bank stehlen nicht nur Grund und Boden in öffentlichem Eigentum, indem sie mit den Bürgermeistern der verschiedenen Parteien unter einer Decke stecken, sondern sie zerstören auch das historische Stadtbild. TDB riss das historische Gebäude der Kinderbibliothek ab zugunsten eines weißen Glasblocks. Durch den Neubau eines Turms nach Abriss eines alten, sprach der Direktor des Zanabazar-Museums, dass nun dieses Gebäude unmittelbar vor das Museum hingeknallt worden sei. Unsere Hauptstadt hat ihre eigene Geschichte und Charakter. Gibt es irgendjemand, der etwas zu ihrem Erhalt und Erscheinung unternimmt?



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

## Zusammenfassung

*Grund und Boden in öffentlichem Eigentum sind nicht registriert und haben keinen Eigentümer. Deshalb war die Stadtverwaltung imstande, zu tun und zu lassen, was sie wollte. Wir müssen mehr Klarheit schaffen und ein echtes Kataster für Grund und Boden und weitere Assets, die der Allgemeinheit gehören. Wie viele Assets gibt es noch, wie viel Steuern werden dafür bezahlt, wie viel ist bisher dafür bezahlt worden und wie viel wurde dafür ausgegeben?*

*All dieses wurde nicht getan und es gibt kein Interesse, dies zu tun. Das ist der Grund, warum Ulaanbaatar an der Schwelle zum Bankrott steht. Mit zunehmender Korruption und steigenden Bodenpreisen wurden Wohnung absurd teuer, während die Jurtenbezirke sich über die Berge ausbreiteten. Mittlerweile ist Ulaanbaatar (Roter Held) zu Utaanbaatar (Smog Held) verkommen, der in seinem giftigen Smog versinkt. Eine menschliche Herde ergießt sich über die Müllhalden um die Stadt. Selbst unsere Feinde könnten unserer Stadt diese fürchterlichen Dinge nicht antun.*

## Drei wichtige Schritte

*Wir müssen drei Reformen bezüglich Grund und Boden, Immobilien und Landnutzung bewerkstelligen:*

1. Als allererstes müssen wir einen Bebauungsplan haben, so dass es eine klare Unterscheidung gibt zwischen Flächen für Wohnbebauung, Gartenbau oder für Industrieansiedlungen. Dieser Bebauungsplan muss per Gesetz spezifische Standards definieren, die überall zur Anwendung kommen.
2. Als zweites benötigen wir eine genaue Aufstellung des Grundstückwertes, wir müssen Steuern erheben und die Hälfte dieser Einnahmen für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur der Gegend aufwenden, so dass der Wert steigt.
3. Als Drittes muss ein öffentliches Verzeichnis – auch im Internet – angelegt werden, die für die Öffentlichkeit zugänglich ist, in dem der Wert des Grundstücke, ihre Eigentümer, ihr Marktwert, bezahlte Steuern, laufende Projekt und ihr Fertigstellungsdatum zugänglich gemacht werden.

## Führt die Mongolei die Todesstrafe wieder ein?

Im Oktober 2017 hat der neugewählte Staatspräsident der Mongolei, Ch. Battulga angeregt, über die Wiedereinführung der Todesstrafe „nachzudenken“. Die erfolgreichen Bemühungen seines Vorgängers Tsachiagiin Elbegdordsch, die Todesstrafe abzuschaffen, wurde Anfang 2015 im neuen Strafrecht der Mongolei Gesetz. Die Todesstrafe kommt dort als Strafmaß nicht mehr vor. Außerdem hat die Mongolei internationale Verträge abgeschlossen, in denen der Verzicht auf die Todesstrafe verpflichtend ist.

Die letzte Hinrichtung in der Mongolei fand im Jahr 2008 statt. Ab 2010 hatte Elbegdordsch ein Moratorium gegen die Todesstrafe durchgesetzt, das schließlich in dem neuen Strafgesetzbuch abgeschafft wurde. Allerdings sagt der Artikel 16 der Mongolischen Verfassung, dass die Todesstrafe immer noch ausgesprochen werden kann, wenn das Gericht nach sorgfältigster Prüfung bei einem Kapitalverbrechen diese verhängt. Was wie Wortklauberei anmutet, bedeutet nichts anderes, als die Wiedereinführung der Todesstrafe keine Verfassungsänderung bedarf, sondern „nur“ eine Änderung des Strafgesetzbuchs.



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

---

Als Begründung nennt die Beauftragte von Präsident Battulga, G. Uyanga die 298 Fälle von sexuellem Missbrauch, sexueller Belästigung (harassment) und Mord an Kindern, die das Menschenrechtskomitee der Mongolei für die Jahre 2015 und 2016 dokumentiert hat. Dies sei ein Schock für die Gesellschaft gewesen. Diese Zahl (150 pro Jahr) liegt im Übrigen – gemessen an der Bevölkerungszahl – weit unter der Zahl, die für Deutschland angegeben ist. In der BRD sind es 14.000 Fälle, also etwa 175 pro einer Million Einwohner, während es in der Mongolei etwa 50 Fälle pro einer Million Einwohner sind.

Die Gründe sind die üblichen von Befürwortern der Todesstrafe vorgebrachten rechtspopulistischen Scheinargumente: Jeder Fall von sexuellem Missbrauch sei zu veröffentlichen, der Staat habe alles zu unternehmen, diese Fälle zu verhindern, ohne die Todesstrafe würde das Recht des Täters über das Leben des Opfers gestellt usw.

Demgegenüber spricht sich das Mongolische Komitee für Menschenrechte eindeutig gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Sie verstoße gegen die allgemeinen Menschenrechte sowie gegen weitere Verträge und Abkommen, in die die Mongolei eingebunden sei. Darüber hinaus sei sexuelle Gewalt oftmals eine Folge schlechter Verhältnisse, an denen die Regierung mit Schuld trage; die Mongolische Verfassung formuliere den Anspruch, die Mongolei auf einen Weg zu Umsetzung aller Menschenrechte voranzubringen und es gäbe keine Studie, die die Todesstrafe als ein wirksames Mittel zur Abschreckung vor Straftaten bestätige. Interessant ist ein weiteres Argument der Menschenrechtsvereinigung: Das mongolische Justizsystem sei in keiner Weise geeignet, seine Pflicht zu erfüllen und habe in der Vergangenheit eine ganze Reihe von „poor decisions“, also sehr merkwürdigen oder fehlerhafte Entscheidungen getroffen. Die Todesstrafe erneut in das Ermessen eines Gerichts zu stellen, wie es die mongolische Verfassung prinzipiell zulasse, sei ein gefährliches Vorhaben. Vor jeder Wiedereinführung der Todesstrafe habe der Staat erst einmal dafür zu sorgen, dass er seine Zusagen und Pflichten einhalte.

## Ulaanbaatar – Uaanbaatar – Die Hauptstadt des Smogs

Ulaanbaatar hat in seiner Geschichte eine Reihe von Namen gehabt. Bei der Gründung 1638 wurde die Siedlung Örgöö (Urga) genannt, was Palastjurte bedeutet. Seit 1706 wurde dieser Wohnort des höchsten lamistischen Würdenträgers, des Bogd Gegeen Ikh Khüree (großes Kloster) genannt. Bis 1778 war diese Klosteransiedlung auch nicht ortsfest, sondern wechselte 25 Mal ihren Standort. Ab 1911 hieß sie dann Niisel Chüree (Hauptstadt Kloster) und nach dem Tode des letzten Bogd Gegeen 1924 wurde sie dann in Ulaanbaatar (Roter Held) umbenannt. Jetzt bekommt sie im kritischen Volksmund einen neuen Namen „Utaanbaatar“, was soviel wie „Held des Smogs“ bedeutet.

Dass die Luft in Ulaanbaatar besonders im Winter unerträglich ist, hat viele Ursachen. Ulaanbaatar liegt im Tal der Tuul, umgeben von Bergen. Im Winter gibt es häufige Inversions-Wetterlagen, was den Luftaustausch sehr erschwert. Das große Kraftwerk, das seit den 20er Jahren Ulaanbaatar mit Fernwärme und Strom versorgt, liegt zwar günstig zu den alten Kohlegruben von Nalaikh, aber eben so, dass die Hauptwindrichtung die Smog-Schwaden über die Stadt verteilt. Hinzu kommt, dass in den Jurtenvierteln um UB alles verbrannt wird, was sich auch nur irgendwie zum Heizen eignet. Es ist dies nicht nur Kohle, sondern irgendwelches Holz und zunehmend auch Plastik (insbesondere Flaschen).







# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

Dieser hoch toxische Rauch wird zunehmend zu einem heftigen gesundheitlichen Problem insbesondere in den Jurtenvierteln selbst, aber auch überall in der Stadt.

In manchen Apotheken können Menschen gegen Geld Sauerstoff einatmen, um ihre Lungen zu entlasten. Immer mehr Kinder werden mit schweren Lungenprobleme in überfüllte Kliniken eingeliefert, wo sie teilweise auf dem Flur in den Gängen schlafen müssten. Reichere Familien versuchen, im Winter mit ihren nicht schulpflichtigen Kindern die Stadt zu verlassen. Das neue Yarmag-Viertel wie auch die großspurig geplante „grüne“ „Maidar City“ liegen außerhalb der bedrohlichen Windrichtung (in Richtung Flughafen).

Zur Verbesserung der Verhältnisse in den Elendsvierteln der Jurten hat es in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen gegeben. 2011 wurden insgesamt 100.000 effizientere Öfen mit einer Subvention von 93% in die Jurtenviertel geliefert. 2013 folgten weitere 40.000. Der Effekt war kurzfristig messbar, vepuffte aber unmittelbar wieder, weil diese Öfen bald und mit einem „Gewinn“ vom 14-fachen des „Einkaufspreises“ gegen gutes Geld mehrheitlich an Familien auf dem Land verkauft wurden. Auch der Versuch, die Jurtenviertel nachts kostenlos mit Strom zu beliefern und so auch das Heizproblem zu verringern, hat nicht funktioniert. Um 6 Uhr morgens, wenn der Strom nicht mehr kostenlos bereitgestellt wurde, wurden alle Öfen wieder angeheizt mit dem Effekt, dass die Luftverschmutzung noch höher wurde. Abgesehen davon könnten die Elektrizitätswerke gar nicht genug Strom liefern, um alle Jurtenviertel dauerhaft mit Heizenergie zu bedienen.



Dies ist der neue Jurtentofen, den wir in der Mittelgobi bei einer Viehhalterfamilie kennenlernten konnten. Er wird zweimal täglich mit Brennmaterial (getrockneter Viehdung) gefüllt und hält dann die Jurte dank der Schamott-Ummantelung über Stunden warm. Zum Kochen ist er aber weniger geeignet. Gekocht wurde in dieser Jurte auf einer elektrischen Kochplatte. Die traditionelle Wirtschaftsweise der Nomaden lässt sich mit diesem Ofen nicht aufrecht erhalten. Dies war nur möglich, weil diese Jurte direkt an der Straße lag und Anschluss ans Stromnetz hatte.



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

In der Nachbarjurte des Hilfs-Viehhalters mit dem traditionellen Jurtenofen war es nach Verlöschen des Feuers binnen kurzer Zeit bitter kalt. Dafür durften die neugeborenen Lämmer in einem großen Karton die erste Nacht in dieser Jurte verbringen. Draußen wäre es noch kälter gewesen.

## Der Korruptionssumpf brodelt weiter

Mitte April 2018 wurde auf Antrag der mongolischen Antikorruptionsbehörde Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Korruption für drei ehemalige mongolische Ministerpräsidenten und weitere Minister angeordnet. Die drei sind:

- Chimediin Saikhanbileg Ministerpräsident 2014 bis 2017, MVP
- Sanjagagiin Bayar, bis 2009 Ministerpräsident der Mongolei, DP
- Sangajav. Bayartsogt, ab Herbst 2008 ehemaliger Finanzminister, DP

Schon im Herbst 2017 waren der damalige Ministerpräsident Jargaltulgiin Erdenebat (Mongolische Volkspartei) und sein 15 seiner Minister vom Parlament wegen Korruptionsvorwürfen entlassen worden.

Erst vor kurzer Zeit wurde der ehemalige Umwelt- und Tourismusminister (ab 2009 unter dem Präsidenten Elbegdorj) Luimed Gansukh (Demokratische Partei) wegen Korruption zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Zumindest die Untersuchungshaft gegen Sangajav Bayartsogt steht in Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit der Kupfer/Gold-Mine von Oyu Tolgoi. Wie die Schweizer Zeitung Republik am 27.3. veröffentlichte, hat in dieser Angelegenheit die Schweizer Staatsanwaltschaft und das Schweizer Bundesgericht interessante Details ans Tageslicht gebracht:

<https://www.republik.ch/2018/03/27/die-mine-in-der-mongolei-und-das-cs-kontodes-ministers>

Demnach wurden an Bayartsogt mindestens 8,2 Millionen EUR gezahlt, die als Bestechung gewertet wurden. Das Konto eines vermutlich chinesischen Parlamentariers mit 1,8 Millionen EUR, über den die Transaktion gelaufen war, wurde gesperrt. Der Hergang dieser Korruptionsgeschichte liest sich wie ein besserer Kriminalroman:

*„Zwischen Dezember 2007 und Juli 2008 überwies eine Briefkastenfirma auf den British Virgin Islands insgesamt 45 Millionen US-Dollar auf die Konten des heutigen Parlamentariers bei der Bank in Zürich. Aktionär und Direktor der Briefkastenfirma war ein chinesischer Staatsangehöriger, der «über langjährige Erfahrung mit Investitionen in Zink- und Kupferminen verfügte», so das Bundesgericht. Sowohl er wie der Parlamentarier sollen an Oyu Tolgoi beteiligt sein. Letzterer habe der Bank gesagt, die Gelder stammten aus dem Handel mit Eisenerz. Gegenüber dem Bundesstrafgericht sagte er später, es sei der Erlös aus Anteilsverkäufen an einem Unternehmen. Hinweise auf einen Beteiligungsverkauf seien aus den vorliegenden Dokumenten nicht zu erkennen, so das Bundesstrafgericht. Verdächtig sei auch, dass das Geld erst über ein Jahr nach Abschluss des Kaufvertrages überwiesen wurde. Zudem sei das Geld nicht zwischen den Vertragsparteien geflossen.*



# Rundbrief Mongolei Apr. 2018

Im Mai 2008 gründete Finanzminister Bayartsogt Sangajav die Offshore-Firma Legend Plus Capital Ltd auf den British Virgin Islands. Im Juli desselben Jahres eine weitere Offshore Firma auf den Bahamas, die zu einem von ihm gegründeten Trust gehörte. Zwischen Juli und September eröffnete Bayartsogt Konten bei der Credit Suisse in Zürich.

Am 30. September 2008 überwies der heutige Parlamentarier 8,2 Millionen Euro auf ein Nummernkonto von Bayartsogt und auf Konten seiner Offshore-Firmen. Gegenüber seiner Bank gab er an, es handle sich um Zahlungen an seine Minenpartner.

Diese Begründung glauben weder das Bundesstrafgericht noch das Bundesgericht. Es bestünden «konkrete Anhaltspunkte dafür, dass grosse Beträge zweifelhafter Herkunft» über das Konto des Parlamentariers bei der Zürcher Bank auf ein Nummernkonto von Finanzminister Bayartsogt Sangajav und auf Konten seiner Offshore-Firmen verschoben wurden. Später habe Bayartsogt über zwei Millionen Euro auf sein persönliches Konto überwiesen. Es sei kein wirtschaftlicher Grund dafür ersichtlich, weshalb das Geld nicht direkt auf Bayartsogts persönliches Konto geflossen sei. «Ein derartiges Vorgehen erweckt den Verdacht auf Verschleierungshandlungen», so das Bundesstrafgericht.

In der fraglichen Zeit war Sanjagiin Bayar Premierminister der Mongolei. Dies erklärt den Antrag auf Untersuchungshaft gegen ihn. Der unlängst verurteilte Luimed Gansukh hatte damals die Vereinbarung von Oyu Tolgoi mit Bayartsogt unterschrieben.

In einem der letzten Rundbriefe hatten wir ausführlich über die Verwicklungen des ehemaligen Präsidenten Nambaryn Enchbajar in die Korruptionsgerüchte um die Kohlegrube Tavan Tolgoi berichtet. Damit kann für beide Renommierprojekte der Mongolei, die Kohlevorkommen Tavan Tolgoi und die Kupfer/Goldmine Oyu Tolgoi mittlerweile als erwiesen gelten, dass hier die Kleptokratie der Mongolei sich auf Kosten der Bevölkerung gesundgestoßen hat. Den Oligarchen geht allmählich das unbelastete Personal aus. Bedauerlich ist nur, dass eben diese Verwicklungen schon im Jahr 2015 exakt und mit Namensnennung in einer Enthüllungssendung des mongolischen Fernsehens mit dem Titel „Der Mann mit der Maske“ („Masktai Hun“) offengelegt worden sind. Dass die Dinge jetzt allmählich justiziabel ans Licht kommen, liegt dabei erst einmal an einem Schweizer Gericht sowie den Enthüllungen der Panama- und Paradise-Papers. Der tiefere Grund kann aber darin liegen, dass die tiefe Krise der mongolischen Wirtschaft die Konkurrenz innerhalb der Oligarchie um die besten Plätze „an der Sonne“ anheizt. Dann zerfleischen sich die Aasgeier untereinander.

Ein kleines Schmankerl zu Schluß: Lediglich aufgrund einer Absichtserklärung der Justizministerin der Mongolei hin, nun aber endlich die Korruption zu bekämpfen, wurde die Mongolei von der EU von der Liste der besonders korrupten Länder genommen.

Eike Seidel,  
April 2018

